



Bernhard Brinkmann (Hildesheim)

Mitglied des Deutschen Bundestages

Stv. Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses
des Deutschen Bundestages

Berlin, 03. Januar 2011
Ausgabe Nr. 12 der 17. Wahlperiode

Auf den Punkt gebracht . . .

Klare Perspektiven für 2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Jahreswechsel ist vollzogen. Ich wünsche Ihnen alles Gute für ein gesundes, glückliches und erfolgreiches 2011.

Wir haben ein Jahr harter Oppositionsarbeit hinter uns, und es liegt auch ein weiteres arbeitsreiches Jahr vor uns. Wir werden zahlreiche Landtags- und Kommunalwahlkämpfe bestreiten. In Niedersachsen finden am 11. September 2011 die Kommunalwahlen statt. In den Gemeinden Algermissen, Harsum und Nordstemmen werden außerdem die Bürgermeister direkt gewählt. Wir müssen im Wahlkampf deutlich machen, wer bei der Reform der Kommunalfinanzen seit Monaten nichts zustande bringt, und die Bundesregierung – nicht nur bei diesem Thema - immer wieder an ihre besondere Verantwortung erinnern.

Letzteres ist notwendiger denn je. Deutschland braucht einen sozialdemokratischen Wächter. Denn CDU, CSU und FDP büren Deutschland eine schwere Last für das kommende Jahr auf. Schon heute zeigt sich das ganze Ausmaß der schwarzgelben Hypothek für 2011: Eine faustdicke Nettolüge, mit der Merkel den Bürgerinnen und Bürgern weismachen will, sie wurden entlastet. In Wahrheit müssen sie draufzahlen. Denn durch die Anhebung des Pauschalbetrages von 920 auf 1000 Euro profitiert ein Bürger bestenfalls in Höhe von drei Euro pro Monat.

Allein die Anhebung des Beitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung aber kostet durchschnittlich jeden Arbeitnehmer 7,50 Euro im Monat. Insgesamt werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein durch die Gesundheitsreform mit zusätzlich drei Milliarden Euro belastet. Normalverdiener müssen durch die Erhöhung der Tabaksteuer (200 Millionen) und die Flugticket-Abgabe (1 Milliarde) noch mehr zahlen. Zieht man die 600 Millionen Euro durch Steuervereinfachungen ab, bleiben immer noch 3,6 Milliarden Euro zusätzliche Kosten.

Die Bürger werden also nicht entlastet, sondern belastet. Eine dreiste Hartz-IV-Lüge, mit der von der Leyen glauben machen will, sie gebe mehr Geld für Langzeitarbeitslose und deren Kinder.

Deutscher Bundestag • 11011 Berlin
☎ (030) 227 – 77 265 • 📠 (030) 227 – 76 265
✉ bernhard.brinkmann@bundestag.de
Bürgerbüro Hildesheim • Rathausstr. 13 B • 31134 Hildesheim
☎ (05121) 32 681 • 📠 (05121) 31 545
Bürgerbüro Alfeld • Kalandstr. 5 • 31061 Alfeld
☎ (05181) 31 31 • 📠 (05181) 2 56 23
✉ bernhard.brinkmann@wk.bundestag.de



**Bernhard Brinkmann
(Hildesheim)**

Mitglied des Deutschen Bundestages

In Wahrheit streicht sie zum nächsten Jahr nicht nur den Rentenversicherungsbeitrag und das Elterngeld für Langzeitarbeitslose. Die Koalition kürzt in Zukunft immer massiver bei Eingliederung und Vermittlung in Arbeit: Im Jahr 2011 werden hier zwei Milliarden Euro gestrichen.

Auch bei den Job-Centern in Stadt und Landkreis Hildesheim führt dieses Sparen am falschen Ende zu gravierenden Auswirkungen. Viele sinnvolle Arbeitsförderungsmaßnahmen – u.a. bei Vereinen – stehen auf der Kippe. Für mich steht nach wie vor fest, dass es grundsätzlich besser ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

Eine Pisa-Lüge, mit der Schwarz-Gelb sich für die Verbesserungen Deutschlands feiert, aber verschweigt, dass Pisa 2009 die Erfolge des rot-grünen Ganztagschulprogramms spiegelt. In Wahrheit sind diese Errungenschaften jetzt wieder gefährdet, weil Schwarz-Gelb den Ausbau der Bildungsinfrastruktur verhindert.

Außenpolitisch gefährdet schwarz-gelb die europäische Einheit. Von der Bundesregierung kam über viele Monate hinweg kein substanzieller Vorschlag, um Konsequenzen aus der Finanzkrise zu ziehen, Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen, Spekulationen zu begegnen. Es gab keinerlei Signal an die Märkte, dass der Bestand des Euro und die Integrität des Euro-Raums außer Zweifel stehen. Stattdessen hörten wir nationalpopulistische Töne.

Wir brauchen jedoch klare unmissverständliche Worte Richtung Europa: für eine Beteiligung der Finanzbranche an der Krisenbewältigung, eine Finanztransaktionssteuer und eine Beteiligung der privaten Gläubiger. Wir brauchen regulierte Finanzmärkte. Ungedeckte Leerverkäufe von Aktien und Staatsschuldtiteln der EU-Mitglieder müssen verboten werden. Vor allem erfordert eine langfristige und dauerhafte Stabilisierung des Euro-Raums eine stärkere Koordinierung der nationalen Steuerpolitik, um Steuerflucht und Steuersenkungswettbewerb zu begegnen.

Also: Es gibt viel zu tun! Packen wir es mit großer Geschlossenheit gemeinsam an.

Mit freundlichen Grüßen